



## **Defizit**

Wir stehen vor einem zu erwartenden Haushaltsloch im zweistelligen Millionenbereich. Wie also schließen wir das Defizit? Hier ein paar Vorschläge:

1. Wir schließen sofort das Schwimmbad. Das bringt 1 bis 1,5 Millionen Euro.
2. Wir erhöhen die Grundsteuer. Je 100 Punkte sammelt die Stadt damit ca. 1 Million ein – ich überlasse jedem selbst, wie er das zusammenrechnen möchte.
3. Wir streichen sofort mindestens 10 Stellen im Plan – geschätzt knapp 0,5 Millionen. Natürlich geht das nur bei den regulär angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
4. Wir schließen sofort alle öffentlichen und nicht ständig genutzten Immobilien, um Betriebskosten zu sparen – da sind vielleicht nochmal 300 bis 500 Tausend Euro drin.
5. Wir verkaufen städtisches Eigentum.

Dass sämtliche laufenden Projekte auf Eis gelegt werden, versteht sich von selbst. Gut, dass wir in den letzten 20 Jahren die öffentliche Infrastruktur in den Kommunen nicht vernachlässigt haben und von einer stabilen Grundlage zehren können – ich polemisiere natürlich.

Und wenn das nächste „Haushaltsloch“ kommt? Was bleibt dann noch übrig? Privatisieren wir z.B. unsere Kläranlage und Wasserversorgung (hier gibt es mahnende Beispiele z.B. in England) oder finden noch ein paar Buchhaltungstricks, um die Kredite ins nächste Jahrhundert zu verschieben? Den „globalen Minderaufwand“ – aktuell 2% - kann man ja noch weiter „strecken“.

Angesichts solcher Zahlen mag sich mancher fragen: Wofür das Ganze eigentlich noch? Natürlich stecken wir hier nicht den Kopf in den Sand, denn in der THEORIE kann sich Deutschland das meiste natürlich noch leisten. Trotz Krisen und Krieg vor der eigenen Haustür. Die Kommunen sind das Echolot für falsche Verteilungspolitik. Sie können anzeigen, welches Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben in diesem Land herrscht. Und hier sollte genau hingesehen werden, denn wenn das Fundament wackelt, kommt das zwangsläufig auch bei Kreis, Land und Bund mit voller Härte an.

## **Einnahmen**

Schauen wir auf die Einnahmenseite: Wir hören „Deutschland muss mehr leisten“, Feiertag weg, Teilzeit weg und so weiter. Das Narrativ steuert aktuell die Arbeitsgeberseite mit ihren willfährigen Sprachrohren und Medien. Dem normalen Angestellten kann man nicht vorwerfen, seinen Teil nicht zu leisten. Knapp über 20% Sozialabgaben, dazu Steuern, da ist selbst im Niedriglohnbereich über ein Drittel weg, bevor man mit dem Rest seine laufenden Kosten bedienen darf. Sie verdienen eher gut? Schon ab dem 66.761. Euro zahlen Sie auf jeden weiteren Euro Gehalt 42% Einkommensteuer. Und dafür erwarten wir einen Staat „der einfach funktioniert“ – indem nicht nur Straßen, Brücken und die Polizei ihre Arbeit machen, sondern auch meine Anträge schnell genehmigt werden, mir kein unnötiger zusätzlicher Aufwand auferlegt wird, meine Kinder auf gut ausgestattete Schulen gehen, das Schwimmen lernen und es Räume zur gemeinsamen Versammlung gibt, in denen das örtliche Leben lebendig wird.

Leistung soll sich lohnen? Die Wahrheit ist, die meisten leisten bereits viel. Was sich lohnt darf nicht hauptsächlich einer Minderheit zugutekommen.

In 2025 zahlt eine Familie in Bayern 3,8 Mrd. € Erbschaftsteuer an das Land, weil sie es aufgrund eines Streits unter den Erben nicht fertigbrachte, rechtzeitig eine Stiftung zu gründen. Abgesehen davon, dass dieser Fall kaum Aufmerksamkeit bekommt, kommentieren Viele „haha, sind die doof“. Die Erbschaftsteuer heißt unter Fachleuten längst „Doofensteuer“. Und hierbei geht es nicht um das Häuschen oder den kleinen Betrieb, der vererbt wird, sondern wir reden über Multimillionen-Investorendynastien, es geht nicht einmal um das obere 1%, sondern um das obere 0,01%. Im nächsten Jahrzehnt fallen in Deutschland Billionen an Erbschaften an und der Fiskus möchte darauf nicht einmal die bereits geltenden Regeln anwenden. Was hat das Erben von dreistelligen Millionenwerten oder mehr eigentlich mit „Leistung“ zu tun? Korrekt – nichts. Aber wir streiten hier über Schulbetreuung oder ÖPNV-Beiträge.

Die Normal- bis Gutverdiener werden in diesem System ausgepresst, überspringt man eine gewisse Stufe, ergeben sich echte Freiheiten. Seit ich mich an die Tagesschau erinnern kann, vernehme ich: „Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander.“ Es scheint eine Randnotiz zu sein. Man hat gelernt, das irgendwie hinzunehmen. Zuletzt, während der Coronazeit, wuchs das Vermögen der Milliardäre um etwa 30%, allein in Deutschland, während die „unteren 40%“ stagnierten oder real an Einkommen verloren. Besonders hart traf es kleine Selbstständige. Nachzulesen bei Oxfam Deutschland, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin oder im WSI-Verteilungsbericht der Hans-Böckler-Stiftung.

Letzte Woche konnte man vernehmen: 70 neue Milliardäre in Deutschland, ein Drittel mehr als 2024. Herzlichen Glückwunsch an unser „reiches Land“. Im Übrigen ist nur jeder Vierte davon innerhalb seiner eigenen Lebensgeschichte zu diesem absurden Reichtum gekommen. Wer da noch glaubt, dass aus dem Ruder laufende Sozialbeiträge oder Asyl die Hauptprobleme sind, hat komplett den Fokus und seinen moralischen Kompass verloren. Schon jetzt verlieren wir jährlich ein Vielfaches an Fachkräften am oberen Ende des Einkommensspektrums, weil sie dank Erbe oder Kapitalerträgen gar nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen müssen. Sogenannte „unvermittelbare Totalverweigerer“ gibt es laut Bundesagentur für Arbeit 16 Tausend, das entspricht 0,4% der Bürgergeldempfänger.

Dass es strukturelle Probleme bei der Verwaltung des Sozialstaates gibt, darf man nicht verneinen und dass es für viele auch eine Gerechtigkeitsfrage ist, was wem zugutekommt – aber das prinzipielle Problem, dass es vor allem Superreiche sind, die dieser Gesellschaft ihre Solidarität verweigern, muss ausgesprochen werden. Das bisschen „Klassenkampf“ sei an dieser Stelle auch in einem Stadtrat erlaubt.

## **Ausgaben**

Auf der Ausgabenseite: Schauen wir uns das Ausschreibungssystem an: Es ist mal mit dem guten Vorsatz gestartet, Kumpanei in den Kommunen zu stoppen, Wettbewerb herzustellen und den Bürgern Geld zu sparen. Übrig geblieben ist ein Verwaltungsmonster, in dem kein Vier-, sondern gefühlt ein Zwanzig-Augen-System aus Anträgen und Gutachten herrscht, was die Privatwirtschaft längst effektiv auszudribbeln gelernt hat. So hatten wir hier bereits ein Beispiel, wo beim Bau eines Radweges drei Angebote vorlagen und zwei davon zufälligerweise auf den Centbetrag dieselben Kosten errechnet hatten. Ein Schelm, wer dabei Böses denkt. Manche Firmen bereichern sich an öffentlichen Ausschreibungen, während wir uns in bürokratischen Prozessen verlieren und die Trägheit an den Tag legen „am Ende ja nicht unser eigenes Geld auszugeben“ – natürlich ein Trugschluss. Beim Gymnasium gab es vor wenigen Jahren schon eine Kostensteigerung von über 60%

oder schauen wir aktuell nach Kreuztal, wo sich der Wiederaufbau von Stadthalle inklusive Erweiterung der angrenzenden Schule „mal eben“ fast verdoppelt. Können wir mit der vom Bürgermeister ins Spiel gebrachten „Bau-GmbH“ hier – falls zulässig – Abhilfe schaffen? Es wäre dringend nötig.

Resultat: Wir sind gezwungen, Politik zu machen, indem wir Pläne ausarbeiten und den Haushalt dabei ignorieren. Wenn wir dann in den Startlöchern zur Verwirklichung eines Projekts stehen, dürfen wir Betteln gehen. Gibt es keine Förderung, bedeutet das: Sorry, geht nicht! Dann war die Arbeit eben umsonst. Wenn diese Praxis überhandnimmt, ist die Kommunalverwaltung am Ende. Dieses Bettelsystem für städtische Investitionen lähmt uns und macht ernsthafte Planung zur Farce. Währenddessen bleibt es natürlich nicht aus, dass ständig neue Normen, Ordnungen und Aufgaben aus dem Boden sprießen.

Ein Netpher Beispiel: Das Freibad Deuz muss seit letztem Jahr Vollzeit von einer Badeaufsicht betreut werden und kann nicht mehr außerhalb der Öffnungszeiten von Vereinsmitgliedern und Förderern genutzt werden. Dies gilt für alle „begrenzten“ (meint: Zaun drum herum ist vorhanden) Badegewässer. Ein Umstand, der Menschen, die die Bedingungen vor Ort kennen, nur in den Tisch beißen lässt. Gott sei Dank sind die chaotischen Verhältnisse und ständigen Fälle von Ertrinken in den letzten 20 Jahren dank dieser unbedingt notwendigen Maßnahme damit endlich passé. In einem besseren Deutschland ließe man ein Stück Zaun entfernen, damit dieser Unsinn verdienstermaßen ignoriert werden kann oder noch besser: Die zuständige Stelle würde solche Vorstöße nach der ersten Idee wieder verwerfen.

## **Stellenplan**

Fragwürdige Bürokratie? Das bringt uns zum Stellenplan. Seit ich im Rat bin, verging kein Jahr, in dem der Stellenplan nicht erweitert wurde. Es beschleicht einen das Gefühl, dass jede Veränderung oder neu erdachte Aufgabe für die Verwaltungen nur mit dem Einrichten neuer Stellen begegnet werden kann. Wir unterstützen soweit den Plan, wo es um die Unterstützung von Schulen und Immobilienservice geht und dort, wo geschätzte Mitarbeiter entfristet und übernommen werden. Die neue Stelle auf dem Schulamt und in der Abrechnung tragen wir vorerst nicht mit. Das Dezernat 1 soll neu aufgestellt werden. Den handelnden Personen sei erstmal gestattet, die Ressourcen dort neu zu ordnen. Die Stärkung der IT – die in Netphen schon lange gute Arbeit leistet - unterstützen wir. Wir möchten die Stellen daher einzeln zur Abstimmung bringen.

## **Investitionen**

Netphen hat kein Geld und muss dennoch investieren. Wir können uns hier auf unsere Kernaufgaben fokussieren und dennoch bleibt am Ende die Erkenntnis: Netphen muss weiter investieren. Das Land hat uns dafür einen Pott von immerhin 11 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Ein Tropfen, vielleicht zwei, angesichts unserer Aufgaben, aber immerhin etwas. Unmittelbar stehen an:

- Grundschule in Dreis-Tiefenbach und Dreisbachhalle
- Feuerwehr oberes Siegtal in Nenkersdorf
- Grundschule Netphen & Schwimmbad Netphen
- Kurzfristig dazugekommen: Neues Feuerwehrhaus Eschenbach und Ersatz für das Eschenbacher Bürgerhaus
- Am Horizont winkt die Georg-Heimann-Halle.

Ich könnte jetzt die Kosten schätzen. Mit 11 Millionen Euro ist es da natürlich nicht getan. Von „Wünschen“ wie der Eishalle, teuren Friedhofshallen oder Gemeinschaftshäusern in jedem Ortsteil haben wir uns dabei längst verabschiedet. Sinnvoll wäre es, solche Investitionen in unsere Kernaufgaben - Sicherheit, Infrastruktur und Bildung - in ein Investitionsbudget zu packen, das vom regulären Haushalt getrennt wird. Hier zu sparen: Das können wir uns in Deutschland nicht leisten!

Denn, während wir über jeden Euro streiten müssen, verschlafen wir die Zukunftsthemen.

### **Klima, Natur, Energie**

Wir brauchen erneuerbare Energie. Nicht nur aus dem Naturschutzgedanken heraus, sondern weil Autarkie ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft und der Selbstständigkeit ist. Energieunabhängigkeit ist strategisch notwendig – dass wir damit auch noch einen positiven Beitrag zu Klima und Naturschutz leisten können, ist ein fetter Bonus, der oben draufkommt und der nicht geeignet ist, um irgendwelche sinnlosen Kulturkämpfe auszufeuchten. Dazu gehört natürlich auch ein Ausbau der Netze und die Freigabe von Investitionen in Speicher. Unsere Fraktion befürwortet die Ansiedlung solcher Projekte in den dafür eingerichteten Vorrangzonen und wo sie weit genug vom Siedlungsbereich entfernt ist. Wenn es uns in Netphen nicht an etwas mangelt, dann an Platz. Ebenso unterstützen wir eine Konzentration solcher Projekte an einer kontrollierbaren Menge von Orten. Wir wünschen uns keine Zerstückelung innerhalb des gesamten Stadtgebiets. Projekte innerhalb oder in der Nähe von Schutzzonen sind klar abzulehnen. Sauberes Wasser geht eindeutig vor. Wasser ist das zentrale Grundbedürfnis für alles Lebendige. Diese Botschaft möchte ich der Prüfstelle auf dem Kreisbüro mit aller Eindringlichkeit nahelegen.

### **Kultur**

Auch der – spätestens seit Lockdown – stiefmütterlich behandelten Kultur in Netphen sollten wir einen Neustart ermöglichen. Es gibt Angebote, die von uns besser unterstützt und beworben werden können. Dafür möchten wir ein bescheidenes Kulturbudget von erstmal 5000€ vorschlagen, das für besondere Anlässe oder besondere Anstrengungen unterstützend ausgegeben werden kann. Ich freue mich persönlich auf die Arbeit im Kulturausschuss, um die von uns allen im Wahlkampf hervorgehobenen Ehrenamtler zu würdigen und neue Initiativen zu unterstützen. Kultur und Zusammenhalt sind ein Aushängeschild für unsere Stadt und ein wichtiger Faktor, der das Leben hier attraktiv macht. Etwas mehr Liebe verdienen auch unsere repräsentativen Immobilien und Außenflächen. Während bei der Innenstadtentwicklung etwas passiert, wirken manche Orte vergessen – das Museum Netpherland: innen attraktiv, außen zugewachsen.

### **Abschließend: Populismus und gesellschaftlicher Konsens**

Es ist unser Anspruch und Auftrag, die Aufgaben in Netphen sachlich und nüchtern anzugehen. Die öffentliche Debatte in Medien und Internet scheint jedoch einem anderen Trend zu folgen. Wir sehen uns einer Entwicklung gegenüber, die unsere politische Gemeinschaft bedroht: Der Verlust einer objektiven Realität gegenüber Kräften, die ihre Gefühle oder niederen Instinkte zur Wahrheit erheben. Diese werden dann so lange wiederholt, bis auch gut meinende Mitbürger glauben, dass etwas davon stimmen könnte. Dass als Zeitungen getarnte Meinungspamphlete wie die NZZ oder Tichys Einblick hier Einlass in Debatten finden, die im Rat absolut deplatziert, nicht zielführend und

nebenbei auch noch den eigentlichen Kern der Probleme verschleiern – das ist nicht akzeptabel.

Die sogenannte „Alternative für Deutschland“ hat hier in der Kommunalwahl keinen Einzug in diesem Gremium gehalten: Sehen wir das als Chance, deren Lügen, Geschwurbel und Ablenkungen nicht zum modus operandi in unserer Bürgerschaft werden zu lassen. Aufgebrachte Wortbeiträge, am Thema der Vorlagen vorbei, sollte man sich allenfalls für das Getränk nach der Sitzung aufheben.

Ich zitiere an der Stelle zum Abschluss den altgedienten Nachrichtensprecher der BBC Andrew Neil, der mit seinem schottischen Charme einen amerikanischen Influencer in einem Nebensatz zurechtstutzte: „Wenn Sie wüssten, wie dämlich Ihre Argumente klingen, würden Sie sie nicht aussprechen.“

[Nicht Teil der Rede]

Unsere Anträge im Einzelnen:

1. Einzelne Abstimmung über den Stellenplan
2. Kulturbudget 5000€; aus Kostenstelle „Erneuerung Sitzungstechnik (150k) auf Seite 94/391 der Haushaltsplan-PDF